

PRESSEMITTEILUNG

ULI SCKERL MdL

16.11.2016

Neue Pläne für Erstaufnahme von Flüchtlingen sorgen für Diskussion – Grüne betonen Qualität

Die Pläne von Innenminister Thomas Strobl für die künftige Unterbringung von Flüchtlingen in Erstaufnahmeeinrichtungen sorgen für viele Diskussionen, insbesondere in der Metropolregion Rhein-Neckar. Strobl hat es versäumt, auf die Kommunen im Vorfeld zuzugehen, sondern setzt Fakten, indem er einfach ein neues Standorte-Konzept veröffentlicht. Das Konzept hätte weit reichende Folgen für die Metropolregion: Das sog. „Drehkreuz“ in Heidelberg (im Patrick Henry Village, genannt „PHV“) soll nach Mannheim oder Schwetzingen verlagert werden. Weitere dauerhafte Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes sind in Karlsruhe, Freiburg, Sigmaringen und Ellwangen vorgesehen. Das Land will dabei in erster Linie weiterhin ehemalige Liegenschaften der Bundeswehr und der US-Army nutzen. Deshalb auch der Blick nach Mannheim und Schwetzingen.

Für die grüne Landtagsfraktion machte deren innenpolitischer Sprecher Uli Sckerl deutlich, dass die künftigen Standorte nur im Einvernehmen mit den Kommunen festgelegt werden können. „Egal ob Mannheim, Schwetzingen oder sonst wo im Land, gegen die Kommunen geht gar nichts. Deshalb sind an der gemeinsamen Aufgabe orientierte gründliche Gespräche zwischen Land und Kommunen das A & O“. Das erwarte die grüne Landtagsfraktion vom Innenminister. Der innenpolitische Sprecher machte weiter deutlich, dass man das Konzept mit ausreichend Zeit und entspannt beraten könne. Die Zahl der Flüchtlinge sei drastisch zurückgegangen. Das Land habe derzeit ausreichend Kapazitäten. Für die grüne Landtagsfraktion kommt es neben einvernehmlichen Standortentscheidungen insbesondere auch auf die Qualität der Unterbringung und der Asylverfahren an. „Die hohe Qualität der Verfahren im PHV Heidelberg muss 1:1 auch am neuen Standort umgesetzt werden“. An den Standorten müsse das für die Asylverfahren zuständige Bundesamt für Migration und Flucht (BAMF) mit personell gut ausgestatteten Niederlassungen präsent sein. Das BAMF, so Sckerl, habe eine neue eigene Konzeption angekündigt. Es sei notwendig, die Überlegungen des Landes mit denen des BAMF abzustimmen, bevor Beschlüsse im Kabinett gefasst werden. Weiter sei es wichtig, ehrenamtliche Betreuer und Hilfsdienste von Anfang an in die Überlegungen einzubeziehen. Diese müssten aber auch künftig regelmäßigen Zugang zu den Einrichtungen haben.